

"Traum tot" in Der Spiegel (27. Februar 1984)

Quelle: Der Spiegel. Das Deutsche Nachrichten-Magazin. Hrsg. AUGSTEIN, Rudolf ; Herausgeber BÖHME, Erich; ENGEL, Johannes K. 27.02.1984, n° 9. Hamburg: Spiegel Verlag Rudolf Augstein GmbH. "Traum tot", p. 116-118.

Urheberrecht: (c) Der Spiegel

URL: http://www.cvce.eu/obj/traum_tot_in_der_spiegel_27_februar_1984-de-d49137c4-278f-4afe-8a46-693750fo1ef6.html

Publication date: 20/10/2016



Traum tot

Im März droht der Europäischen Gemeinschaft die endgültige Pleite. Keiner will mehr zahlen, die Bauern Europas kosten zuviel.

Niemand soll François Mitterrand nachsagen können, er habe nicht genug getan, um die Europäische Gemeinschaft vor der Pleite zu bewahren.

Freitag bei Premier Schlüter in Kopenhagen, Montag bei Ministerpräsident Craxi in Mailand, Dienstag bei Premier FitzGerald in Dublin: Kreuz und quer reiste Frankreichs Präsident in den vergangenen Wochen als EG-Krisenmanager durch Europa, mit einer Hektik, die dem sonst so würdebewußten Franzosen fremd ist.

Mitterrand trägt schwer an der Aufgabe, als derzeitiger EG-Ratspräsident dem siechen Zehnerklub wieder auf die Beine helfen zu müssen: „Wie ein Pontifex maximus“, amüsieren sich Brüsseler Diplomaten, schwebt er bei seinen Partnern ein, „und dann muß jeder zu ihm in den Beichtstuhl“. Doch was er zu hören bekam, mußte ihn entmutigen.

Zum erstenmal deutete Mitterrand an, daß nach dem Fiasko von Athen im Dezember auch das nächste Gipfeltreffen der Gemeinschaft am 19. März in Brüssel schiefgehen könnte. Ein Fehlschlag in Brüssel, so Mitterrand vorsorglich, wäre in keiner Weise „sein“ Fehlschlag, vielmehr könnte daraus eine „heilsame Lektion“ werden.

Ein abermaliges Scheitern des Europäischen Rates, prophezeit indes EG-Kommissionspräsident Gaston Thorn, „würde einen unaufhaltsamen Prozeß der Selbstzerstörung in Gang setzen“. Auch Großbritanniens Außenminister Geoffrey Howe ist sicher: „Die Gemeinschaft würde einfach verfaulen.“

Zwar klingen derlei Warnungen seltsam hohl und unglaubwürdig, denn oft schon ist der Niedergang Europas vorausgesagt worden. Aber diesmal ist es ernst. Zum erstenmal wieder seit 1965, als Frankreichs Charles de Gaulle die EG boykottierte, um die Partner gefügig zu machen, sind „alle Grundvoraussetzungen für eine politische Krise vereinigt, in der die Gemeinschaft Gefahr läuft, auseinanderzubrechen“ (so Kommissionspräsident Thorn).

Das Szenario der Brüsseler Kommissare für den „worst case“, den denkbar schlimmsten Fall, ist einfach: Gehen die zehn Staats- und Regierungschefs in drei Wochen in Brüssel auseinander, ohne die kostspielige Agrarpolitik reformiert zu haben, dann schlittert die Gemeinschaft zwischen März und Juni in die Pleite: Bereits im Frühsommer werden die 37 Milliarden Mark, die in der EG-Agrarkasse für die Landwirtschaft 1984 eingeplant sind, verbraucht sein.

Aus Brüssel kommt dann kein Geld mehr, um die Bauern für überschüssige Milch, Getreide und Rindfleisch zu bezahlen. Weil das Landvolk jedoch einen derzeit noch unanfechtbaren Rechtsanspruch auf Abnahme seiner unverkäuflichen Produkte hat, müßten zunächst die Mitgliedsstaaten mit eigenen Budgetmitteln einspringen.

Logisch, daß in dieser Situation jeder Finanzminister nur bereit wäre, für seine eigenen Bauern geradzustehen, nicht die des Nachbarn. Für die Bundesrepublik könnte das bedeuten, daß sie Agrarlieferungen aus Dänemark, Holland oder Frankreich an der Grenze stoppen müßte, um sicherzustellen, daß ihre Interventionsstellen nicht auch noch dänische Butter und französisches Getreide mitbezahlen. Der „gemeinsame Agrarmarkt“ müßte zusammenbrechen.

Hauptverlierer wäre Frankreich, der größte Agrarerzeuger der Gemeinschaft. Schon deshalb, so kalkulieren Brüsseler EG-Experten, würde Paris unverzüglich mit Importrestriktionen für Industriegüter, zum Beispiel für deutsche Autos reagieren. Nach dem Agrarmarkt würde auch der Markt für industrielle Erzeugnisse kollabieren. Diesmal wäre die Bundesrepublik der größte Verlierer.

„Schrecklich, ein Traum wäre gestorben, unsere Generation hätte versagt“, stöhnte Englands Außenminister

Howe vergangene Woche in Brüssel. Die EG-Krise ist aber keine Generationsfrage, sondern allenfalls eine Mutprobe.

Das Klima des Vertrauens, das normalerweise in der Zehnergemeinschaft herrschen müsse, sei zerbrochen, beschreibt Außenminister Thorn die Stimmung. „Niemand blickt dem anderen ins Auge und sagt: ‚Ich lege das auf den Tisch, was gibst du dazu?‘“

Stur und egoistisch verteidigt jeder seine nationalen Interessen. „Alle Optionen sind durchspielt, alle Möglichkeiten bedacht“, beschreibt ein EG-Diplomat die Lage, „es fehlt einer, der den Mut hat zu tranchieren.“

Seit ihrer Gründung 1957 hat sich die EG systematisch auf den Ausbau ihrer Landwirtschaft konzentriert. Damals importierte Europa noch im großen Stil Lebensmittel. Das ist vorbei. Inzwischen aber, gehen zwei Drittel des gesamten EG-Budgets für Agrarausgaben drauf – ein groteskes Mißverhältnis, wenn man bedenkt, daß Europas Bauern nur noch 7,7 Prozent der Erwerbsbevölkerung ausmachen und gerade 4,2 Prozent des Bruttosozialprodukts der Gemeinschaft erwirtschaften.

Während die Landwirtschaft mit 37 Milliarden Mark subventioniert wird, hat der EG-Etat für Informatik und Innovation noch nicht einmal 20 Millionen Mark übrig. Eine Chance, sich weiter als größte Handelsgruppierung der Welt gegen Japan und die Vereinigten Staaten zu verteidigen, hat die EG nur, wenn sie auf die industrielle Zukunft setzt.

Zwar geben die Zehn für Forschung doppelt soviel aus wie Japan, aber weil in der EG jeder für sich investiert, statt gemeinschaftlich zu planen, verrinnt das Geld unproduktiv: Am Weltmarkt hält die europäische Mikroprozessoren-Industrie, so Frankreichs Außenminister Claude Cheysson, nur 10 Prozent, selbst am EG-Binnenmarkt sind es nur 40 Prozent.

Finanziellen Spielraum für sinnvolle Forschungssubventionen kann sich die EG nur verschaffen, wenn sie Agrarausgaben zurückschneidet. Bereits im Juli 1983 legte die EG-Kommission auftragsgemäß ein Sparpapier vor. Die Vorschläge hätten, alles in allem, eine schrittweise Entlastung von etwa sechs Milliarden Mark gebracht.

Nichts davon ist bisher verwirklicht. Dabei könnte die Gemeinschaft schnell einige Milliarden Mark sparen, wenn sie sich entschlösse, die unbegrenzte Preisgarantie für Milch aufzuheben. Die Daten sind einfach: In der EG werden im Jahr 90 Millionen Tonnen Milch verbraucht, aber 108 Millionen Tonnen produziert. Jede überschüssige Tonne kostet die EG-Kasse 250 Europäische Rechnungseinheiten (Ecu), 560 Mark.

Die permanente Überschussproduktion hat dazu geführt, daß in den Kühllhäusern der EG inzwischen die Rekordmenge von einer Million Tonnen Butter auf Lager liegt – das ist mehr als die Hälfte eines Jahresverbrauchs.

Als die EG-Kommission vorschlug, die Milchpreise nur noch für 97 Millionen Tonnen zu garantieren, brach in den Ministerrunden lautes Wehklagen aus. Die Iren jammern, damit ginge ein volles Prozent ihres Bruttosozialprodukts verloren. Griechen und Italiener argumentieren, weil sie Milchimporteure seien, müßten sie von der Beschränkung ausgenommen bleiben. Und die Franzosen wollen nur mitmachen, wenn die Bonner gleichzeitig ihren Grenzausgleich abbauen, der, wie sie meinen, die deutschen Agrarexporte begünstigt. Wenigstens darin, so schien es vergangenen Freitag nach einem abendlichen Kurzbesuch Helmut Kohls bei Mitterrand, ist inzwischen eine Einigung nahe gerückt.

Bleibt der härteste Brocken, das britische Problem. Seit Margaret Thatcher in London die Regierungsgeschäfte führt, beherrscht sie die europäischen Gipfeltreffen Jahr um Jahr mit der Forderung, die Gemeinschaft möge einen erklecklichen Teil ihres Beitrags in die Brüsseler EG-Kasse an London zurückerstatten.

Das Anliegen, von Frau Thatcher bisher noch jedesmal erfolgreich durchgeboxt, scheint auf den ersten Blick

berechtigt. Denn in der Wohlstandsskala der Gemeinschaft rangiert Großbritannien in der unteren Hälfte: Dennoch ist London mit derzeit 4,8 Milliarden Mark nach der Bundesrepublik zweitgrößter Nettozahler.

Das Übergewicht der Agrarausgaben im EG-Haushalt begünstigt Mitgliedsstaaten mit einer starken Landwirtschaft. So kommt es, daß die wohlhabenden Dänen und Holländer mehr aus Brüssel erhalten, als sie einzahlen, während die weniger reichen Briten zusammen mit der Bundesrepublik den Rest der Gemeinschaft subventionieren.

Tatsache ist freilich, daß der wahre Nutzen der EG nicht an der Höhe der Einzahlungen zu messen ist: So erzielte die britische Landwirtschaft, stimuliert durch die Preis- und Schutzgarantien der EG, gleich nach dem Beitritt enorme Produktionssteigerungen. 1974 versorgte sich England nur zu 11 Prozent selbst mit Butter. Inzwischen ist die Quote auf über 50 Prozent gestiegen. Die Folge war ein Rückgang des Importbedarfs um 300 000 Tonnen. Klassische Lieferländer wie Frankreich, Dänemark und Holland wurden nahezu vollständig vom britischen Markt verdrängt.

Deren Bauern mußten nun die Butter, die sie nicht mehr nach Großbritannien verkaufen konnten, in die Interventionsstellen der EG bringen. Dadurch trieben sie die Kosten im EG Agrarhaushalt hoch – und verbesserten die Nettosalden ihrer Länder. Die eigentlichen Verursacher dieser Entwicklung aber waren die fleißigen Milchbauern aus dem Vereinigten Königreich.

Das Beispiel zeigt, wie vordergründig es ist, sich auf nationale Nettosalden im EG-Haushalt zu berufen, wenn es, Vor- und Nachteile der Gemeinschaft gegeneinander abzuwägen. Gerade die beiden großen Nettozahler Großbritannien und Deutschland gehören im innergemeinschaftlichen Agrarhandel der letzten Jahre zu den Gewinnern.

Insgesamt verbuchte die Bundesrepublik 1982 im EG-Handel einen Überschuß von 24,65 Milliarden Mark. Wenn sich Bonns Finanzminister Gerhard Stoltenberg über seine hohen Nettoüberweisungen beklagt, hält ihm Pariser Kollege Jacques Delors deshalb entgegen: „Damit pflegen Sie die Kundschaft.“

Er hat recht. Nur Frau Thatcher mag solche Argumente nicht hören. Als die EG-Kommission im vergangenen Herbst die Nettosalden neu berechnen wollte, um Verzerrungen zu vermeiden und bei Agrarkosten das Verursacherprinzip stärker zu verankern, zerriß die Britin das Modell in der Luft.

„Sie schoß nicht vor den Bug, sie feuerte gleich mittschiffs“, beklagte sich Thorn hinterher über die rüde Behandlung Die Dame aus London indes hält den Luxemburger seitdem für einen perfiden Burschen, der ungeniert mit Paris gegen England intrigiere.

So verlangt Margaret Thatcher, durch nichts legitimiert als ihre eigene Willenskraft, nach wie vor zwei Drittel ihres Beitrags aus Brüssel zurück. In welchem Vertrag denn geschrieben stehe, daß irgendein Land Anspruch auf einen Abschlag habe, wollte Italiens Außenminister Andreotti jüngst von seinem britischen Kollegen wissen.

Und der Pariser Außenminister Cheysson hielt seinem Kollegen Howe aus London entgegen: „Sie glauben doch nicht im Ernst, daß Sie die geforderten 1350 Millionen Ecu wirklich bekommen?“ Ungerührt gab Sir Geoffrey zurück: „Und Sie glauben doch nicht im Ernst, daß meine Chefin in diesem Punkt jemals nachgeben wird?“ Am 5. März will Mitterrand der Premierministerin mitteilen, was ihr die Partner zugestehen – 50 Prozent Rabatt und kein Ecu mehr.

Bleibt Frau Thatcher stur, ist der Zusammenprall programmiert. Sie wähnt sich in einer starken Position, weil sie jede Einigung blockieren und den Bankrott der Gemeinschaft herbeizwingen kann.

Es genüge offensichtlich nicht, nur nahe genug an den Abgrund heranzugehen, hatte sie schon nach dem gescheiterten Gipfeltreffen von Athen gesagt. Einige kämen erst dann zur Vernunft, „wenn sie hineingestürzt sind“.